



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 11.06.2021

ANTISEMITISMUS

Strobl besucht die jüdische Gemeinde in Ulm



📷 © Steffen Schmid

Nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Ulm bekundete der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl sein Bestürzen über die Tat und bekräftigte bei der Mahnwache seine Solidarität mit Jüdinnen und Juden im Land.

„Jede Hassrede, jeder Angriff auf eine jüdische Einrichtung, jede Beleidigung eines Menschen aufgrund seines Glaubens ist gleichsam ein Angriff auf unsere freiheitliche Demokratie“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl in Ulm. Bei allem Schrecken zeigte sich der Minister von den großen Solidaritätsbekundungen, die rasch nach der Tat folgten, beeindruckt: „Genau solche Zeichen der Verbundenheit brauchen wir.“ Der Mahnwache angeschlossen war ein jüdischer Gottesdienst, den Minister Strobl gemeinsam mit Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch

Bereits am Mittwoch verabschiedete der Landtag von Baden-Württemberg eine Resolution gegen Antisemitismus (PDF), bei deren Debatte der Innenminister versprach, dass die Polizei antisemitische Straftaten mit aller Konsequenz und Akribie verfolge und er formulierte den Anspruch, dass Jüdinnen und Juden in Baden-Württemberg sicher leben und sich sicher fühlen können. „Wir dürfen niemals abstumpfen, niemals verzagen, niemals wegschauen“, mit diesen Worten appelliert Strobl an die Zivilgesellschaft und ruft zur Verbundenheit im gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus auf.

[Pressemitteilung vom 5. Juni 2021: Brandanschlag auf Synagoge in Ulm verurteilt](#)